

Zitierhinweis

Abbas, Nabila: Rezension über: Georges Tamer / Hanna Röbbelen / Peter Lintl (eds.), Arabischer Aufbruch. Interdisziplinäre Studien zur Einordnung eines zeitgeschichtlichen Phänomens, Baden-Baden: Nomos, 2014, in: Neue Politische Literatur, 60 (2015), 2, S. 352-354, DOI: 10.15463/rec.1371199967, heruntergeladen über Website

neue politische literatur

Berichte aus Geschichts- und Politikwissenschaft

copyright

Dieser Beitrag kann vom Nutzer zu eigenen nicht-kommerziellen Zwecken heruntergeladen und/oder ausgedruckt werden. Darüber hinausgehende Nutzungen sind ohne weitere Genehmigung der Rechteinhaber nur im Rahmen der gesetzlichen Schrankenbestimmungen (§§ 44a-63a UrhG) zulässig.

Grundlagenforschung zum derzeit dominanten Verständnis von Entwicklung als „Nachhaltiges Wohlbefinden“ (Daniel Dückers). Ein geographischer Schwerpunkt auf dem afrikanischen Kontinent ist unverkennbar. Dass sich bei der Forschungsagenda des Bandes kein Artikel explizit mit der Griechenland-Krise auseinandersetzt, ist bedauerlich; zumal ein Beitrag zu Europa deutlich gemacht hätte, dass sich entwicklungspolitische Konstellationen keineswegs auf den globalen Süden beschränken.

Wie so oft bei Sammelbänden sind die einzelnen Artikel von unterschiedlicher Qualität. Hervorzuheben sind die philosophischen und politiktheoretischen Beiträge: Julian Culp entfaltet in Auseinandersetzung mit Amartya Sen und Martha C. Nussbaums auf menschliche Fähigkeiten abhebenden Entwicklungsbegriff einen diskurstheoretischen Ansatz zu einer gerechtigkeitsbasierten Entwicklung. In Abgrenzung zu Nussbaums (minimalem) Entwicklungsmaßstab, einem absolut gesetzten Katalog von zehn menschlichen Fähigkeiten, vertritt Culp die These, dass es primär darauf ankomme, Institutionen zu schaffen, die einen demokratischen Entscheidungsfindungsprozess garantieren, weil sich Gerechtigkeit nur und erst in zwischenmenschlichen Beziehungen herstellen ließe.

Die Philosophin Franziska Dübgen präsentiert in ihrem Beitrag ein Modell reflexiver Solidarität zur Rechtfertigung von Entwicklungszusammenarbeit. Aufbauend auf postkoloniale und *post-development*-Literatur erklärt sie Reziprozität, Horizontalität und Offenheit zu Kernelementen reflexiver Solidarität und grenzt diese von der gängigen „Solidarität-als-Hilfe“ ab, die auf Einseitigkeit, Vertikalität und Distanz beruhen würde. Interessant wird der Artikel dadurch, dass Dübgen ihr Modell einem Praxistest unterzieht und es an das von Christoph Schlingensief in Burkina Faso errichtete Operndorf anlegt. Denn während die Autorin selbst das Treiben im Dorf als „innovative Form einer solidarischen Praxis“ (S. 209) resümiert, schildert die vorangehende Analyse vor allem die enormen Schwierigkeiten, die das Projekt sowohl auf künstlerischer als auch auf persönlicher Ebene begleiteten. So wird deutlich, wie fließend letztlich die Übergänge zwischen Dübgen zwei Solidaritätsmodellen sind.

Dorothea Gädeke schließlich lotet in einem sehr lesenswerten Artikel die normativen Grundlagen und Grenzen externer Demokratieförderung aus. Anstelle der „kollektiven Selbstbestimmung“, die durch Einmischung verletzt werden würde, verwendet sie im Anschluss an Philipp Petit den

Strukturbegriff der „Nicht-Beherrschung“, mit dem eine relationale Konstellation beschrieben wird, die nicht auf Unabhängigkeit beziehungsweise Nicht-Einmischung abhebt, sondern auf die Freiheit von Willkür. Dadurch lenkt sie den Blick weg von der eigentlichen Demokratieförderungsmaßnahme selbst und stärker auf die ihr unterliegenden Machtstrukturen und gelangt zu dem Schluss, dass der Imperialismus-Vorwurf, der oft gegen externe Demokratieförderung vorgebracht wird, nicht ganz aus der Luft gegriffen sei. Die Autorin leitet daraus die Forderung ab, dass Demokratieförderung zuallererst sich selbst und die internationalen Beziehungen demokratisieren müsse.

Dass die internationale Gebergemeinschaft in ihren entwicklungspolitischen Projekten und Programmen selbst stärker diejenigen Regeln und Normen befolgen sollte, die sie den Adressaten aufgibt, klingt auch in den Beiträgen von Jacqueline Neumann zu Rechtsstaatsvorstellungen in Kenia und von Léonie Jana Wagner zu den normativen Grundlagen menschenrechtsorientierter Entwicklungspolitik an. Möchte man also aus dem Band ein Fazit zum Ist-Zustand der Entwicklungspolitik und ihren normativen Grundlagen ableiten, so ist, auch mit Blick auf das Scheitern, das sich wie ein Grundtenor durch die ethnologischen Fallstudien zieht, ernüchtert festzuhalten, dass sie derzeit weder besonders effektiv noch besonders gerecht gestaltet wird.

Nashville, TN

Martin Rempe

Arabische Revolten – Einbahnstraße Demokratie?

Tamer, Georges/Röbbelen, Hanna/Lintl, Peter (Hrsg.): Arabischer Aufbruch. Interdisziplinäre Studien zur Einordnung eines zeitgeschichtlichen Phänomens, 340 S., Nomos, Baden-Baden 2014.

Der Sammelband „Arabischer Aufbruch“ beschäftigt sich mit den Revolutions- und Protestwellen, die seit 2011 die arabischsprachige Welt bewegen, und wirft über verschiedenste akademische Disziplinen hinweg – von Politikwissenschaft über Islamwissenschaft bis hin zur Rechtswissenschaft – die Fragen nach der Deutung der Umbrüche und ihren sozio-politischen Konsequenzen auf. Das Werk gliedert sich in Metaanalysen, kritische und komparative

Betrachtungen, Darstellungen zur „Kunst der Revolte“ und Länderstudien.

Mit dem Begriff „Aufbruch“ wird der Versuch unternommen, die hegemonial gewordene Bezeichnung „Arabischer Frühling“ mit einer anderen Perspektive politischen Neuanfangs zu kontrastieren, die „in nüchtern ausgewogener Weise“ (S. 13) und jenseits eines zyklisch-saisonalen Argumentationsmusters die arabische Zeitgeschichte betrachtet. Georges Tamer weist in der Einleitung interessanterweise auf ein bekanntes Motiv des Aufbruchs in der altarabischen Dichtung (*qasida*) hin, das die Reise eines Dichters beschreibt. Die Reise markiert den Anfang seines Bruches mit der Vergangenheit: In dem Moment, in dem er aufbricht, weiß er, dass ihm nur noch die Erinnerung an den verlassenen Ort bleibt, er aber nie wieder dorthin zurückkehren wird. Aufbruch ließe sich hier als eine Figur des „Dazwischens“ revolutionären Handelns deuten: Während die Vergangenheit noch zu überwinden und zu verarbeiten gilt, zeichnet sich bereits eine Zukunft ab, welche die revolutionierenden Subjekte versuchen, zu gestalten – ohne jedoch voraussehen zu können, welche gesamtgesellschaftlichen und historischen Konsequenzen ihre Handlungen haben.

Leider schleicht sich der Begriff „Arabischer Frühling“ nach der überzeugenden Einleitung nun doch an vielen Stellen im Sammelband ein. Der eingangs genannte Versuch, eine alternative Bezeichnung zu begründen, die zum einen aus der arabischen Ideengeschichte inspiriert ist und zum anderen nicht das Scheitern der Bewegung antizipiert – alle in der neuzeitlichen Geschichte bezeichneten „Frühlinge“ sind gescheiterte Revolutionsversuche – wird folglich nicht stringent verfolgt. Ferner geht mit der Begriffswahl „Arabischer Frühling“ die methodologische Haltung einher, den Selbstdeutungen und Bezeichnungen der Akteure wenig Beachtung zu schenken. Schließlich wird der Begriff nicht von den Akteuren selbst, sondern lediglich von wissenschaftlichen und journalistischen Beobachtern aus dem globalen Norden verwendet. Das ist sehr bedauernd, insbesondere weil die Autoren des Sammelbandes offenkundig über sprachliches, kulturelles und historisches Wissen verfügen, um die Diskurse innerhalb der arabischsprachigen Welt tiefgründiger zu begreifen.

Der Islamwissenschaftler, Reinhard Schulze, weist darauf hin, dass in arabischsprachigen Kontexten die Ereignisse in Tunesien, Ägypten und Libyen „Revolution“ (*thaura*) oder „Auflehnung“ (*intifada*) genannt werden. Wenngleich der

Autor wahrnimmt, dass die Akteure nach Bürger- und Partizipationsrechten rufen, so hält er beharrlich an der Behauptung fest, die Protestierenden kämpfen dennoch weder für genuin politische Freiheit noch für politische Rechte, sondern lediglich für die Verbesserung ihrer individuellen, sozialen Bedingungen. Mehr noch: Die Forderungen der gesamten arabischsprachigen Welt 2011 interpretiert er als „anti-politisch“, da sie in keiner „politischen Revolutionsprogrammatische“ oder „Normenutopie“ begründet seien (S. 69). Diese Behauptung kommt ohne eine nähere Analyse aus – weder untersucht der Autor politische Streitschriften und Diskurse von menschenrechtlichen, feministischen, gewerkschaftlichen oder parteipolitischen Akteuren, die es zumindest in Tunesien und Ägypten sehr wohl gibt, noch erörtert er, was aus seiner Sicht *politisch* ist und inwiefern die diskursiven und subversiven Handlungen der Akteure des arabischen Aufbruchs nicht politisch oder „anti-politisch“ seien. Er lehnt die Bezeichnung „Revolution“ für die arabischen Umbrüche ab, ohne jedoch die Gründe für diese Ablehnung transparent zu machen.

Seine Haltung pointiert sich in der Aussage: „Die Revolten waren Ausdruck einer akephalen, also *kopflosen* sozialen Mobilisation von 100.000 Menschen“ (S. 71, Hervorhebung NA). Die Begründung, die Narrative der Akteure nicht ernst nehmen zu müssen, da die Akteure ohnehin nicht über Reflexionsfähigkeiten verfügen, sowie die These, soziale Forderungen seien inkompatibel mit politischen Ansprüchen, sind kaum überzeugend. Sie tragen wenig zum Verständnis der Forderungen der Aktivisten, ihren Protestmotivationen und politischen Ideenhorizonte bei.

Eine alternative Herangehensweise wählt der Rechtswissenschaftler Mathias Rohe. Er interessiert sich in einem sehr gelungenen Beitrag für die verfassungsrechtlichen Entwicklungen und rechtspolitischen Debatten in Ägypten und Tunesien, die den Umbrüchen von 2011 folgen. Dabei stellt er die Diskussion zum Verhältnis von Staat und Religion, zur Stellung und Interpretation der Scharia sowie zu religiösen Minderheiten- und Frauenrechten ins Zentrum seiner Überlegungen. Besonders interessant ist der Artikel, da er zum einen eine „Systematisierung von Schlüsselfragen und -positionen der politischen Akteure“ (S. 133) vornimmt und zum anderen aufzeigt, wie sich diese Fragen und Positionen auf den verfassungsgebenden Prozess *de facto* niederschlagen. So legt Rohe dar, dass beide Verfassungsentwürfe – so unterschiedlich sie im Detail auch sein mögen – eine Referenz auf die Scharia

aufweisen, die „in wesentlichen Teilen säkular und menschenrechtsorientiert“ (S. 137) ist. Der Begriff „Säkularität“ (*ilmaniyya*) wird dabei sowohl im ägyptischen als auch im tunesischen Kontext vermieden, da er einerseits mit „Religionsfeindlichkeit“ verwechselt wird und andererseits negativ konnotiert ist, da die Diktaturen Mubaraks und Ben Alis unter dem Deckmantel der Säkularität politische Feinde verfolgt, unrechtmäßig inhaftiert und gefoltert haben. In Abgrenzung dazu lässt sich in beiden neuen Verfassungen der Begriff des „Zivilstaates“ (*daula madaniyya*) ausmachen, der die religiöse Neutralität des Staats und den Schutz religiöser Minderheiten gewährleisten soll.

Hanna Röbbelen, Islamwissenschaftlerin, stellt in ihrem überzeugenden Artikel Graffiti-Kunst als Widerstandsform ägyptischer Frauen gegen sexuelle Belästigung und für *gender-empowerment* vor. Sie legt dar, dass diese Graffiti neue, provokative Denkpulse setzen und auf diese Weise nicht lediglich eine Sichtweise historischer, politischer, gesellschaftlicher oder persönlicher Ereignisse formulieren. Vielmehr tragen sie mit ihrer Kunst dazu bei, gesellschaftliche Normen und frauenfeindliche Stereotype mit einer Darstellung von emanzipierten, selbstbewussten und kämpferischen Frauen zu konfrontieren. Graffiti-Kunst kann folglich auf lange Sicht als Mittel gegen misogynen Attitüden angesehen werden.

Einer ähnlichen Thematik folgend untersucht die Arabistin, Friederike Pannewick, die Bedeutung literarischer und künstlerischer Auseinandersetzungen mit den Diktaturen in Syrien, Ägypten und im Libanon. Sie geht der Frage nach, ob sich die Formen widerständischen Denkens in Zeiten, in der die Diktaturen „stabil“ erscheinen und in revolutionären Momenten des Umbruchs, verändern. Anhand einer beeindruckenden Analyse von Prosa, Lyrik, Satire und Straßenkunst des arabischsprachigen Raumes in der prärevolutionären und revolutionären Phase stellt sie heraus, dass sich politischer Dissens unter Diktaturen auf indirekte Art und Weise äußert, während es im Zuge der arabischen Revolten zu einer unverschleierte Konfrontation mit den Regimen kommt: Die „Mauer der Angst“ (S. 218) fällt und befreit eine unverblühte Kritik, die nicht mehr davor scheut, die zu stürzenden Diktatoren direkt zu adressieren, sie lächerlich zu machen und derart ihre unverrückbar erscheinende Autorität zu untergraben.

Den Beiträgen von Rohe, Röbbelen, Pannewick ist gemein, dass ihre Herangehensweisen sich nicht in eine strenge „Out-Put-Perspektive“ einschreiben, die lediglich an den kurzfristigen,

„eindeutigen“ Ergebnissen der Bewegungen interessiert ist. Vielmehr versuchen sie, zu verstehen, welche gesellschaftlichen, politischen, sozialen und künstlerischen Veränderungen diese Bewegungen überhaupt möglich gemacht haben. Auch die Politologin Irene Weipert-Fenner erinnert in ihrem Artikel daran, dass politische Transformation nicht als „linearer Prozess und Einbahnstraße Richtung Demokratie“ zu denken ist, sondern stets ambivalent, ergebnisoffen und nicht-linear ist (S. 264).

Der interdisziplinäre Sammelband stellt eine teils einführende, teils detaillierte Analyse des „Arabischen Aufbruchs“ dar, die vor allem in ihren komparativen Ansätzen, in den Länderstudien und den Analysen zur Bedeutung der Kunst differenziert und bereichernd ist.

Paris/Aachen

Nabila Abbas

Bundespräsidenten zum 8. Mai

Schmaler, Dirk: Die Bundespräsidenten und die NS-Vergangenheit. Zwischen Aufklärung und Verdrängung, 144 S., Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2013.

Es ist Allgemeingut, dass Bundespräsidenten über wenig politische Macht verfügen, sondern sich vor allem über die Macht des Wortes ein gewisses Maß an moralischer Autorität verschaffen können. Ebenso ist es Allgemeingut, dass seit der großen Rede von Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 die „runden“ Gedenktage an das Kriegsende den Bundespräsidenten eine besondere Gelegenheit zur Ausübung dieser Form von Autorität bietet. Zwar ist bereits erforscht worden, welches Verhältnis die Bundespräsidenten (zumindest bis 1984) zur Geschichte hatten (Matthias Rensing), und auch der Gedenktag 8. Mai ist bereits Gegenstand einer Längsschnittanalyse gewesen (Jan-Holger Kirsch), aber dennoch kann man das Wissen darüber, wie sich die Präsidenten vor und nach Richard von Weizsäcker zum 8. Mai gestellt haben, kaum als Allgemeingut bezeichnen.

Der Gegenstand der Darstellung von Dirk Schmaler bietet insofern interessante Möglichkeiten. Leider werden diese kaum genutzt. Der Autor beschränkt sich im Kern darauf, die Bundespräsidenten in die ‚Guten‘ und die ‚Bösen‘ einzuteilen. Die ‚Guten‘ sind diejenigen, die aufklärerisch und „unverstellt“ mit der deutschen